

# Staatliches Nebengeld

*Ein Weg aus dem Dilemma der Konjunkturpolitik*

*Eckhard Behrens\**

Griechenland und andere Mitgliedstaaten der Euro-Zone stehen vor der großen Aufgabe, den Staatshaushalt zu sanieren und die Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen. Leider ist absehbar, dass sie diese Aufgaben bei rückläufigem Inlandsprodukt wohl kaum bewältigen können. Für radikale Strukturreformen des Haushalts und der Wirtschaft *fehlen bei sinkender Beschäftigung die demokratischen Mehrheiten*. Bei äußerem Druck droht politisches Chaos, weil die unerlässlichen Reformen nicht kurzfristig, sondern nur langfristig ökonomisch Früchte tragen. Soviel Zeit haben diese Staaten nicht. Sie brauchen bei der gegebenen Infrastruktur und der gegebenen Produktivität eine *rasch steigende Beschäftigung*. Dann würden die Zuversicht der Bürger und die Steuereinnahmen wieder steigen; Strukturreformen sind dann leichter demokratisch umsetzbar und führen zu mittel- und langfristig steigender Produktivität und zu Wachstum.

## *Traditionelle Konjunkturpolitik am Ende*

Bisher wird die Binnenkonjunktur üblicherweise durch die Ausweitung der Staatsnachfrage angeregt, die durch die Aufnahme zusätzlicher Schulden finanziert wird. Dieser Weg ist weder in den Krisenstaaten noch in vielen anderen Staaten der Welt weiterhin gangbar, weil die Staatsschulden schon jedes vernünftige Maß überschritten haben (Japan, USA, Euro-Zone insgesamt, aber auch Deutschland). Entweder es werden *andere Wege der Konjunkturpolitik* gefunden oder es gibt künftig überhaupt keine Konjunkturpolitik mehr. Das würde bedeuten, die *gesamtwirtschaftliche Nachfrage* dem freien Spiel der ökonomischen Kräfte zu überlassen. Wenn sie zu gering ist, gibt es einen *gnadenlosen Verdrängungswettbewerb*, bei dem viele Menschen in der *Langzeitarbeitslosigkeit* und damit in der Dequalifizierung landen und nur noch mit *dauernden Transferleistungen* am Leben gehalten werden können.

Entsprechendes ist zu beobachten, wenn die *weltwirtschaftliche Gesamtnachfrage* nicht ausreicht; dann kämpfen die Nationen um *Weltmarkt-*

---

\* Dieser Aufsatz ist eine erweiterte Fassung des Beitrags zum Workshop »Die Parallelwährung« des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft, der am 24.07.2012 in Berlin stattfand (<http://www.bvmw.de/politik/europa.html>); der BVMW plant den Workshop in einer Broschüre zu dokumentieren.

*anteile*; die einen gewinnen, was andere verlieren; es reicht eben nicht für alle. Sicherer wird die Welt so nicht. Dieses Problem ist auch *mit internationalen Transferzahlungen* nicht wirklich beherrschbar, schon allein, weil dafür in den potentiellen Geberländern keine demokratischen Mehrheiten zu gewinnen sind. – Im Kampf um Weltmarktanteile wird der Export durch Senkungen der Lohnstückkosten gefördert, die auf Produktivitätsfortschritten, aber auch auf Lohnzurückhaltung beruhen. Deutschland ist diesen harten Weg im letzten Jahrzehnt gegangen, war aber nur deshalb erfolgreich, weil andere versäumten, ihn zu beschreiten. Würden ihn alle gleichzeitig gehen, wäre auch Deutschland nicht so erfolgreich. Für die Welt im Ganzen ist eine solche ökonomische Strategie genau so wenig sinnvoll wie ein *Abwertungswettlauf*. Bei nationaler Währung kann der Export notfalls durch Abwertungen künstlich gefördert werden, solange nicht alle Länder denselben Weg beschreiten.

### *Die Leistungskraft aller entfalten*

Die Welt ist am Ende der gesamtwirtschaftlichen Scheinlösungen angekommen. Im Zeitalter der Globalisierung reicht es nicht mehr, die Probleme auf andere zu verlagern, statt sie vor Ort zu lösen. Erst wenn dies ganz ernst genommen wird, wird die Suche nach anderen Lösungen beginnen. Diese dürfen nie lasten anderer gehen; der Grundansatz der Sozialen Marktwirtschaft ist ein brüderlicher. Die Entfaltung der Leistungskraft aller ist möglich, *wenn die Gesamtnachfrage groß genug ist, das Angebot aufzunehmen*; sie darf nie hinter ihm zurückbleiben. Nur dann werden alle Arbeitswilligen beschäftigt. Die Erhöhung und Verstetigung der Gesamtnachfrage kann heute nur noch mit geldpolitischen Instrumenten angegangen werden.

Dazu gehört eine stabilisierte Inflationsrate ausreichender Höhe. Das wurde bisher nur diskutiert, um die Nullzinsschranke mit negativen Realzinsen zu überwinden. Darüber hinaus kann die private Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen (Konsum- und Investitionsgütern) durch gefühlte Inflation angeregt werden. Die *heutigen Inflationsziele* der Notenbanken sind dafür *zu niedrig*; die Notenbanken gehen richtigerweise davon aus, dass stabile Inflationsraten unter 2 % noch als Geldwertstabilität empfunden werden. Aber bei Geldwertstabilität besteht für die Geldeinkommensbezieher und Geldvermögensbesitzer *kein Handlungsdruck*; sie können Konsum- und Anlageentscheidungen verlustlos zeitlich verschieben; auch wenn sie dies nur im niedrigen einstelligen Prozentbereich tun, schwankt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage unvorhersehbar. *Bei gefühlter Inflation verhalten sie sich anders*, denn sie rechnen mit sicheren Verlusten in Höhe ihrer Inflationserwartungen, falls sie zuwarten. Weil morgen

alles teurer sein wird, erscheint es jedem Käufer heute noch billig. Die Sparer, die ihr Geld anlegen, suchen in der Höhe der Zinsen einen Ausgleich für die erwartete Inflation und legen ihr Geld daher eher mittel- und langfristig als nur kurzfristig an und ersparen den Banken damit manchen Klimmzug zur Fristentransformation. Das erleichtert den Banken die Bereitstellung von Handels- und Industriekrediten (Behrens, 2010).

Die gesamtwirtschaftlich wünschenswerten Verhaltensänderungen der Geldeinkommensbezieher und Geldvermögensbesitzer werden bei stabilen Inflationserwartungen kein Strohfeuer, sondern *nachhaltig* sein, also die *Konjunkturschwankungen beseitigen*, die bei erwarteter Geldwertstabilität seit jeher zu beobachten sind. Inflationsraten und -erwartungen von „unter, aber nahe 5%“ sind dafür ausreichend (Behrens, 2004), weil sie schon als Inflation und nicht mehr als Geldwertstabilität wahrgenommen (»gefühl«) werden; schließlich verdoppeln sich die Preise (und Einkommen) im Durchschnitt innerhalb von knapp 15 Jahren. Beim Inflationsziel der Notenbanken (z. B. der EZB: »unter, aber nahe 2%«) tritt die Verdoppelung erst innerhalb von 35 Jahren ein und wird deshalb vom Normalverbraucher vernachlässigt. Das konjunkturpolitische Konzept besteht darin, durch angekündigte stabile Inflationsraten die von der Notenbank ausgegebene Geldmenge voll nachfragewirksam zu machen, damit die Gesamtnachfrage trotz zurückgehender Staatsnachfrage einen steigenden Beschäftigungsstand hervorruft. Bei dauernd stabiler Binnenkonjunktur *entfällt die Versuchung, die Wechselkurse als Instrument künstlicher Exportförderung einzusetzen*. Sie dienen nur noch dem Zahlungsbilanzausgleich.

### *Andere Geldpolitik, aber ohne die EZB*

Die EZB-Geldpolitik wird sich nicht ändern, weil sie vertraglich auf Geldwertstabilität verpflichtet ist. Diese Rechtsgrundlage ist nur in einem ganz großen Konsens zu ändern, mit dem auf absehbare Zeit nicht zu rechnen ist. Auch das Vorbild des doppelten Auftrags der Federal Reserve, für Geldwertstabilität und maximale (!) Beschäftigung zu sorgen, wird in Europa auf absehbare Zeit nicht zu Änderungen führen, zumal die Fed gerade erst beginnt, um die richtige Gewichtung ihres Doppel-Auftrags zu ringen, siehe Evans (2012). Sie hat ihr Geldwertziel erreicht, verfehlt ihr Beschäftigungsziel mit 8,3% Arbeitslosigkeit aber deutlich. Auch die EZB erreicht ihr Geldwertziel, braucht aber die *Arbeitslosigkeit* von 11,2% *nicht als ihr Problem* zu betrachten, solange es beim geltenden Recht bleibt. Sie sollte sich jedoch wie alle Notenbanken, die zu niedrige Inflationsziele »erfolgreich« verfolgt haben, fragen lassen, ob ihre Vernachlässigung des Ziels hoher Beschäftigung nicht eine *wesentliche Ursache der staatlichen Konjunktur-*

*programme* und damit des immer weiter fortgesetzten Marsches in die Staatsverschuldung gewesen ist.

Wer den Krisenländern der Euro-Zone eine wirtschaftspolitische Chance für mehr Beschäftigung und höhere Steuereinnahmen verschaffen möchte, sollte auf *eine andere Geldpolitik setzen*. Diese wird wegen der Rechtsgrundlagen der EZB-Politik nur möglich durch:

- *Austritt* aus der Euro-Währungsunion und Wiedereinführung einer nationalen Währung (sollte vermieden werden) oder
- Wiedereinführung einer nationalen Währung als *Parallelwährung* (z. B. Drachme) oder
- Einführung eines staatlichen *Nebengeldes* (z. B. Drachme).

### *Die nationale Parallelwährung*

Eine nationale Parallelwährung zum Euro würde alle drei Geldfunktionen erfüllen: als Tauschmittel (zusätzliches gesetzliches Zahlungsmittel), als Wertmesser und als Wertaufbewahrungsmittel. Mit ihr könnte – *wie nach einem Austritt* aus der Währungsunion – *eine andere Geldpolitik* gemacht werden, als sie die EZB verfolgt. Der *nationale Gesetzgeber* kann die *Ziele der Geldpolitik* in Anlehnung an das Recht der USA mit maximaler Beschäftigung bei stabilen, möglichst niedrigen Inflationsraten festlegen; er kann eines oder beide Ziele selbst beziffern oder diese Aufgabe der Notenbank übertragen. Die *griechische Notenbank* muss dabei hinsichtlich der Drachme unabhängig sein, bleibt aber hinsichtlich des Euro Teil des Systems der europäischen Zentralbanken. Ziel sollte eine höhere, aber stabile Inflationsrate der Drachme sein, um die *Binnenkonjunktur* zu fördern und alle brachliegenden Kapazitäten zu beschäftigen. Die höhere Inflationsrate schränkt die Wertaufbewahrungsfunktion der Parallelwährung ein und fördert dadurch ihren Einsatz als Zahlungsmittel. Bei freier Konvertibilität wird eine kontinuierliche Abwertung, die die Importe verteuert und die Exporte verbilligt, nur herbeigeführt, um die Kaufkraftparität zu wahren und soweit Auslandsschulden zurückgeführt werden müssen. Ein *Abwertungswettlauf* zur Exportförderung ist *überflüssig*, weil für die Binnenkonjunktur schon gesorgt ist.

Die Drachme läuft bald überall um, wenn der Staat alle seine Inlandszahlungen 1:1 auf Drachme umstellt und Steuerzahlungen in Drachme entgegennimmt. Der Staatshaushalt wird in Drachme aufgestellt und durchgeführt. Aus den unterschiedlichen Inflationsraten ergeben sich bald für alle Waren und Dienstleistungen *unterschiedliche Preise in Euro und Drachme* sowie die Notwendigkeit einer *doppelten Preisauszeichnung*. Der Wechselkurs entfernt sich durch allmähliche Abwertung der Drachme immer weiter vom Aus-

gangspunkt von 1:1. In jedem Vertrag der Bürger untereinander muss die maßgebende Währung vereinbart (genannt) werden. Die Bürger, die staatliche Geldleistungen empfangen, können nur Drachme-Verträge abschließen und erfüllen. Welche Altverträge als Euro-Verträge fortbestehen, und welche auf Drachme zu welchem Kurs zwangsweise umgestellt werden, muss gesetzlich geregelt werden. Differenzierte Regelungen für *Inlandsverträge* und für *Verträge mit Auslandsbezug* sind ebenso denkbar wie staatliche Ausgleichsleistungen, um insbesondere Bankbilanzen im Gleichgewicht zu halten, wenn alle Euro-Guthaben bestehen bleiben, aber die Forderungen der Banken gegen Inländer 1:1 auf Drachme umgestellt werden.

Die Parallelwährung erübrigt so wenig wie ein Austritt Einsparungen im Staatshaushalt und *Strukturreformen* in der Wirtschaft. Die mit Hilfe einer eigenständigen Geldpolitik betriebene Konjunkturpolitik wird die Haushaltskonsolidierung erleichtern, aber einen (weiteren) *Schuldenschnitt* wohl nicht ersparen können (SffO-Positionspapier, 2012). Die Beurteilung aller Maßnahmen wird durch den Verbleib in der Währungsunion, also die Beibehaltung des Euro-Maßstabes, sicherer werden und *eher von Vertrauen getragen sein als bei einem Austritt*.

### *Staatliches Nebengeld*

Dies gilt verstärkt für die Vorschläge, staatlicherseits ein paralleles Zahlungsmittel nach dem *Vorbild der Regiogelder* (z.B. Chiemgauer) einzuführen (Behrens, 2011 a+b; Gelleri / Mayer, 2012). Denn dann *bleibt der Euro* – anders als bei einer Parallelwährung – *der alleinige Wertmaßstab*. Das erspart die doppelte Preisauszeichnung und vertragliche Absprachen über die anzuwendende Währung. Es erspart auch den Aufwand eines weiteren Preisindexes und einer nationalen Geldwertsteuerung.

Wie bei den von den Nationalstaaten herausgegebenen Euro-Münzen genehmigt die EZB das Volumen des Nebenbargeldes und zählt es bei der Euro-Geldmenge einfach mit. Eine *Vermehrung der Geldmenge ist nicht intendiert*; entweder wird die Euro-Geldmenge entsprechend vermindert oder das Nebenbargeld wird nur gegen Hinterlegung (=Stilllegung) von Euro-Banknoten emittiert. Das letztere Verfahren kann als vertrauensbildende Maßnahme betrachtet werden und würde die *Möglichkeit einer Rückabwicklung des Experiments* glaubhaft machen.

Wie mit der Parallelwährung soll auch mit dem Nebengeld Konjunkturpolitik gemacht werden, indem seine Wertaufbewahrungsfunktion spürbar eingeschränkt wird. Beim Nebengeld kann die Wertaufbewahrungsmöglichkeit nicht durch eine – im Vergleich zum Euro höhere – Inflationsrate eingeschränkt werden. Die *Einschränkung der Wertaufbewahrungsfunktion*

des *Nebenbargeldes* muss *direkt* erfolgen. Dazu wurden bisher zwei grundsätzliche Möglichkeiten diskutiert:

- Der *Nominalwert sinkt* mit dem Zeitablauf. Man kann sich dazu auf der Rückseite jedes Geldscheins eine Tabelle nach Jahren und Monaten vorstellen, die den Restwert für jeden Monat angibt (Tabellengeld). Mit dem einzelnen Scheine kann man im Laufe der Zeit immer weniger einkaufen, seine Wertaufbewahrungsfunktion ist nicht beseitigt, aber zeitlich begrenzt.
- Der *Nominalwert wird* durch Entrichtung einer regelmäßigen Bargeldgebühr *immer wieder hergestellt* (*Haltegebühr*, z. B. 0,5% pro Monat). Ohne Nachweis der Gebührenentrichtung durch aufgeklebte Gebührenmarken oder aufgedruckte Stempel ist das Geldstück wertlos.

Beides kann durch *unterschiedliche Techniken* bewirkt werden (Walker, 1952); Mankiw (2009) erwähnt den Vorschlag, nach der Endziffer der Nummer auf dem Geldschein auszulosen, welche Scheine plötzlich ganz ungültig werden; damit sind *alle Scheine* mit Verlust bedroht. Heutzutage kann man auch an *elektronische Lösungen* denken, z. B. an Magnetstreifen in den Banknoten, die maschinenlesbare Informationen über den aktuellen Wert oder die Gebührenentrichtung tragen (Goodfriend, 2000). *Die Verlusterwartung führt zu zügigen Entscheidungen* über die Verwendung von Geldeinkommen und die (Wieder-)Anlage von Geldvermögen, also zu einer Verringerung der Kassenhaltung und zu einer höheren und vor allem *wirklich stabilen Umlaufgeschwindigkeit* des Nebengeldes. Das erleichtert die Geldmengensteuerung.

Das staatliche Nebengeld soll nur im Herkunftsland parallel zum Euro (also zusätzliches) *gesetzliches Zahlungsmittel* sein, d.h. die Bürger und Unternehmen können *alle* – auch alte – *Inlandsverbindlichkeiten mit Nebengeld* bezahlen. Jedermann darf mit Euro oder Nebengeld zahlen, er muss bei Inlandsgeschäften aber immer das Nebengeld anstelle des Euro annehmen. Er darf und wird es im Regelfall bevorzugt wieder ausgeben. *Durch den Annahmезwang ist die Verwendbarkeit des Nebengeldes gesichert* und ein Umtausch in Euro nur für Auslandsgeschäfte oder besondere Anlagezwecke notwendig.

Das Nebengeld kommt *in Umlauf, weil es* der (griechische) *Staat* bei all seinen Inlandszahlungen (Gehälter, Renten sowie Sach- und Investitionsausgaben) *ausschließlich* einsetzt, aber auch annimmt, wenn seine Bürger Steuer- oder Gebührenschnlden begleichen wollen. Der Euro ist und bleibt die einzige Inlandswährung, der einzige Wertmesser; alle Preise sind Euro-Preise; das Nebengeld ist nicht Währung, sondern nur Zahlungsmittel und Mittel zur eingeschränkten Wertaufbewahrung.

Der *Umtausch des Nebengeldes in Euro* ist rechtlich jederzeit unbeschränkt möglich, muss allerdings ökonomisch dadurch erschwert werden, dass eine *Umtauschgebühr* fällig wird, wenn der *Umtausch bei der Notenbank* vorgenommen wird. Es hemmt eine Flucht in den Euro wohl ausreichend, wenn die Gebührenhöhe hinter der Jahressumme der Bargeldgebühren (z. B. 6%) nicht zurückbleibt. Denn diesen Verlust wird nur in Kauf nehmen, wer Euro für Einkäufe oder Reisen im Ausland benötigt oder Ersparnisse unbedingt in Euro anlegen oder aufbewahren (horten) will und selber keine Euro-Einnahmen aus Geschäften mit dem Ausland oder mit Touristen erzielt. *Für die Abwicklung von Inlandsgeschäften ist niemand auf Euro-Bargeld angewiesen.* Der Verlust durch die Umtauschgebühr ist geringer als die Abwertungsverluste bei Austritt aus der Währungsunion oder bei echter Parallelwährung. Die Notenbankgebühr wird sich als *Höchstpreis für den Umtausch* auswirken, weil Eurobesitzer, die Inlandseinkäufe machen wollen, selbst bei einem Überangebot an Nebengeld kein höheres Umtauschentgelt erhalten werden.

Von diesen Grundsätzen bedarf es einer Ausnahme: Alle *Eurokonten bei Banken bleiben unverändert* bestehen; die Bankkunden behalten den Anspruch auf Auszahlung in Euro-Bargeld; das beugt einem bank-run und Kapitalflucht vor. Dasselbe gilt für *Fremdwährungskonten*. Für das Nebengeld sind *neue Bankkonten* (Drachme-Konten) *zusätzlich* einzuführen, von denen nur Nebengeld (Drachme) abgehoben werden oder überwiesen werden kann. Viele Bürger werden auf Dauer keine Euro- oder Fremdwährungskonten brauchen und sich deren Kosten sparen, sobald sich das nötige Vertrauen in das Funktionieren des Nebengeldes gebildet hat.

Die Bestände auf den Nebengeldkonten (Drachme-Konten) werden nicht mit staatlichen Haltegebühren belegt; diese schränken nur die Wertaufbewahrungsfunktion des Bargeldes ein. Die Banken werden jedoch den *täglich fälligen Guthaben* die Haltegebühren ihrer Bargeldreserven ebenso weiterbelasten müssen wie andere Kosten der Kontenführung. Die Kunden werden für ihre Guthaben also *negative Zinsen* hinnehmen müssen, die allerdings die Haltegebühren für Bargeld nicht übersteigen können, weil die Kunden sonst in das Bargeld umsteigen würden. Die negativen Zinsen auf täglich fällige Guthaben werden zu einer steilen Zinsstrukturkurve führen, die Sparer zu mittel- und längerfristigen Anlagen motiviert, soweit das ihr überschaubarer Liquiditätsbedarf zulässt. Das wird das Bankensystem von Anstrengungen zur Fristentransformation merklich entlasten.

*Übergangsrecht* ist erforderlich *für alte Bankkredite*, wenn den Nichtbanken die Zins- und Rückzahlung in Nebengeld gestattet werden soll, weil sie in der Regel nur Nebengeldeinnahmen haben werden. Damit die Bankbilan-

zen nicht in Schiefelage geraten, muss der Staat den Banken *Ausgleichsfor-*  
*derungen* zugestehen.

### *Schlussbemerkung*

Die Idee einer Parallelwährung ist vielleicht politisch leichter vermittelbar als die eines Nebengeldes. Was eine nationale Währung ist, ist bekannt; sie ist auch *Ausdruck nationaler Souveränität*, die die Bevölkerung durch die wirtschaftspolitischen Diktate der Troika verletzt sieht. Da könnten sogar die Unbequemlichkeiten doppelter Preisauszeichnung und allmähliger Wechselkursänderungen hingenommen werden. Ein Nebengeld ist etwas Neues, die Idee der Haltegebuhr auf Bargeld erst recht. Während gegen eine Parallelwährung spricht, dass sie als ein erster Schritt zum Austritt aus der Euro-Wahrungunion missdeutet werden kann, eignet sich ein Nebengeld dafür kaum, weil es nicht über das Instrumentarium zur Geldwertsteuerung verfügt.

Eine Parallelwährung macht nur Sinn, wenn mit ihr eine andere, eine *mit dem Euro konkurrierende Geldpolitik* gemacht wird. Sie soll die Rezession abwenden, die durch die notwendige Sparpolitik droht. Wenn ihr das gelingt, ist der Euro (nicht die EZB, die sich an gesetzliche Vorgaben hält) blamiert und zur Nachahmung aufgefordert. Daher wird es vorsorglich wieder Denkverbote hageln wie seinerzeit gegen die Erwägung des IWF-Chefvolkswirts Blanchard (2010), die Inflationsziele auf 4% zu erhöhen. – Mit der Haltegebuhr auf das *Nebengeld* soll wirtschaftspolitisch dasselbe erreicht werden. Sie ist eine *geldpolitische Innovation*, die zwar schon regional von Bürgerinitiativen, *auf nationaler Ebene* aber *noch nie erprobt* wurde. Wenn sie sich bewährt, kann sie – allerdings nur mit Zustimmung aller Euro-Länder – auch beim Euro-Bargeld eingeführt werden. Dann sind nicht nur nationale Nebengelder überflüssig, sondern auch Inflationsraten als Sicherheitsabstand von der Deflation; die EZB könnte null Prozent Inflation/Deflation ansteuern und gewährleisten.

Die *Umsetzung* jeder dieser Ideen erfordert in dem betroffenen Land demokratische Mehrheiten und zumindest die Tolerierung durch die anderen Euro-Länder. Das wird jeweils *breite Diskussionen* geben, in denen die Variante des staatlichen Nebengeldes mit Haltegebühren nicht fehlen sollte. Es ist *ein Experiment, das jederzeit abgebrochen werden kann*, indem das Nebengeld gebührenfrei in Euro zurckgetauscht wird.

### *Literaturverzeichnis*

Behrens, Eckhard (2004), Wieviel Inflation? Zum Streit der Notenbanken um Inflationsziele, Fragen der Freiheit, Heft 265, S. 3–19.  
[http://www.ebehrens.de/pdf/2004-02-16\\_Inflation.pdf](http://www.ebehrens.de/pdf/2004-02-16_Inflation.pdf)

- Behrens, Eckhard (2010), Die Finanzkrise – Werden die richtigen Lehren gezogen?, Fragen der Freiheit, Heft 281, S. 30–41. [http://www.sffo.de/sffo/2010-07\\_FdF\\_Lehren%20aus%20der%20Finanzkrise.pdf](http://www.sffo.de/sffo/2010-07_FdF_Lehren%20aus%20der%20Finanzkrise.pdf)
- Behrens, Eckhard (2011 a), Staatliches Regiogeld für Schuldenstaaten, FAIRCONOMY, Nr. 3/2011, S. 8–9. <http://www.inwo.de/uploads/media/FAIRCONOMY/ausgaben/ausgabe-2011-3.pdf>
- Behrens, Eckhard (2011 b), Euro- oder Schuldenkrise? – Eine Verbindung des Euro mit nationalen Regiogeldern überwindet Rezessionen, Zeitschrift für Sozialökonomie, Folge 170/171, S. 3–9. [http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-170-171\\_BEHRENS.pdf](http://www.sozialoekonomie-online.de/ZfSO-170-171_BEHRENS.pdf)
- Blanchard, Olivier, Giovanni Dell’Ariccia and Paolo Mauro (2010), Rethinking Macroeconomic Policy, IWF SPN/10/03. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/spn/2010/spn1003.pdf>
- Evans, Charles L. (2012), A Perspective on the Future of Monetary Policy, Vortrag vom 09.07.2012, S. 7ff. [http://www.chicagofed.org/digital\\_assets/publications/speeches/2012/07\\_09\\_12\\_thailand\\_print.pdf](http://www.chicagofed.org/digital_assets/publications/speeches/2012/07_09_12_thailand_print.pdf)
- Gelleri, Christian und Thomas Mayer (2012), Expressgeld statt Euroaustritt. [http://p24177.typo3server.info/fileadmin/media/Eurorettung/2012\\_02\\_22\\_Expressgeld\\_statt\\_Euroaustritt.pdf](http://p24177.typo3server.info/fileadmin/media/Eurorettung/2012_02_22_Expressgeld_statt_Euroaustritt.pdf)
- Goodfriend, Marvin (2000), Overcoming the Zero Bound on Interest Rate Policy, Federal Reserve Bank of Richmond, Working Paper 00-03, S. 8ff. [http://www.richmondfed.org/publications/research/working\\_papers/2000/pdf/wp00-3.pdf](http://www.richmondfed.org/publications/research/working_papers/2000/pdf/wp00-3.pdf)
- Mankiw, Nicholas G. (2009), It May Be Time for the Fed to Go Negative, The New York Times vom 19. April 2009. [http://www.nytimes.com/2009/04/19/business/economy/19view.html?\\_r=1&scp=22&sq=Mankiw&st=nyt](http://www.nytimes.com/2009/04/19/business/economy/19view.html?_r=1&scp=22&sq=Mankiw&st=nyt)
- Seminar für freiheitliche Ordnung e.V. (2012), Positionspapier – Ein ordnungspolitischer Dreischritt aus geordneter Insolvenz, geldpolitischer Innovation und Strukturformen erspart Griechenland den Euro-Austritt. [http://www.sffo.de/SFFO\\_Hellas\\_3-fach\\_aus-der-Krise.pdf](http://www.sffo.de/SFFO_Hellas_3-fach_aus-der-Krise.pdf)
- Walker, Karl (1952), Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes, Vita-Verlag, Heidelberg-Ziegelhausen. <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/walker/tdus/>